

Von Stephan Jersch

## Homöopathie in Sachen Information

Gefahrengebiet Bergedorf – mehr Fragen als Antworten. Seit 2007 wurden mehr als 5 500 verdachtsunabhängige Kontrollen durchgeführt.

Nachdem die Innenbehörde auf Nachfrage der Linksfraktion in der Bezirksversammlung zugeben musste, dass „halb Bergedorf“ (so die *Bergedorfer Zeitung*) klammheimlich zum Gefahrengebiet erklärt wurde, hatte der Fachausschuss für Verkehr und Inneres im November das Thema zur weiteren Beratung auf der Tagesordnung. Da aber kein Referent zur Beantwortung der Fragen der Ausschussmitglieder eingeladen wurde, blieb das Informationsbedürfnis der Ausschussmitglieder ungestillt und der Punkt wurde vertagt.

Die Ausgangslage für die Einrichtung des Gefahrengebiets war klar: Der Bahnhofsvorplatz in Bergedorf war, nach Reeperbahn und Hansaplatz, als dritter Kriminalitätsschwerpunkt in Hamburg ausgemacht worden.

Heraus kam, klammheimlich, ein Gebiet mit eingeschränkten Bürgerrechten: vom Sander Damm bis zum Mohnhof, vom Schlosspark bis zur B 5 und fast ganz Neuallermöhe mit der Kurt-A.-Körper-Chaussee als Verbindungsstrecke. Hier darf die Polizei verdachtsunabhängig Personalien aufneh-

men und speichern und Platzverweise erteilen. Aufgrund von Beschwerden von Bergedorfer Eltern über willkürliche Kontrollen ihrer Kinder geht DIE LINKE. davon aus, dass in erster Linie Jugendliche von der Polizei als Zielgruppe der Kontrollen ausgesucht werden. Die Polizei möchte sich zu ihren Kriterien allerdings nicht äußern.

Laut Polizeiangaben muss ein Gefahrengebiet regelmäßig neu beantragt werden. Angaben über die erforderlichen Voraussetzungen macht die Polizei nicht. Die Kriminalität rund um den Bahnhof hat in letzter Zeit keine Schlagzeilen mehr gemacht. Wann, ob und wie häufig es eine Verlängerung des Gefahrengebiets gab, ist von der Polizei bisher auch nicht mitgeteilt worden.

Die Begründung, dass die Kurt-A.-Körper-Chaussee zum Gefahrengebiet erklärt wurde, war, dass sich die Täter über diese Straße bewegen. Am Ende dieser Straße liegt Neuallermöhe und damit wird ein kompletter Stadtteil unter Generalverdacht gestellt.

DIE LINKE. erwartet von der Polizei klare Zahlen, aus

denen hervorgeht, wie sich die Kriminalität seit Einführung dieser rechtlichen Sonderzone in Bergedorf entwickelt hat und ob das repressive Vorgehen der Polizei, außer, dass tausende Jugendliche eingeschüchtert werden, ein messbares Ergebnis gebracht hat. Seit 2007 wurden mehr als 5 500 Kontrollen durchgeführt.

DIE LINKE. erwartet, dass Personen, deren Daten erfasst werden, von der Innenbehörde über die gespeicherten Daten informiert werden und sie nicht, wie bisher, diese Auskunft dort erst abfordern müssen.

DIE LINKE. erwartet eine klare Aussage darüber, wer und zu welchem Zweck diese sensiblen Personendaten abfragen darf.

Für die Linksfraktion in der Bezirksversammlung ist es ein unhaltbarer Zustand, dass ausschließlich Behörden, an Hamburgs Parlamenten vorbei, solche Gefahrengebiete und damit verbundene Einschränkungen der Rechte jedes Einzelnen ausrufen können, und in der Bezirksversammlung anscheinend nur die CDU darüber informiert war.

Editorial

**Liebe Leserinnen,  
liebe Leser,**

seit 18 Monaten gibt es die Partei DIE LINKE in Bergedorf. Vor zehn Monaten haben uns 6,6 Prozent der wahlberechtigten Menschen in Bergedorf in das Bezirksparlament gewählt. Heute, im Dezember 2008, halten Sie die erste Ausgabe der *Bergedorfer Allgemeinen* in den Händen.

Wir, die Mitglieder der Partei DIE LINKE. haben uns vorgenommen, Sie, liebe Bürgerinnen und Bürger, über unsere Arbeit im kommunalen Parlament und ausserhalb desselben zu informieren. Für uns ist die *Bergedorfer Allgemeine* die Möglichkeit, linke Positionen „ungefiltert“ an Sie heranzutragen. Für Sie ist die *Bergedorfer Allgemeine* die Möglichkeit, unsere Worte mit unseren Taten zu vergleichen.

In dieser Ausgabe haben wir Themen für sie vorbereitet, die sich sowohl mit innerer Sicherheit, Gorleben wie auch der Geschichte unseres Stadtteils im Dritten Reich beschäftigen. In einem Bezirk, der sowohl städtisch wie auch ländlich ist, wird es sicher nicht langweilig werden.

Ihre Meinung ist uns willkommen. Schreiben Sie uns, wenn Sie ein Thema besonders wichtig finden, Anregungen oder Kritik haben.

*redaktion@dielinke-bergedorf.de*

## Bürger kritisieren Kommunalpolitik

REGIONALAUSSCHUSS: Die Novembersitzung des Regionalausschusses für die Marsch- und Vierlande begann, wie üblich, mit einer Bürgerfragestunde. Dabei kam es zu offen formulierten Kritik am Verhalten der Kommunalpolitiker, die Ende Oktober eine Besichtigungsfahrt der Verkehrswege im Bezirk unternommen hatten.

Anwohner des Gosepfades und des Neuengammer Hinterdeichs äußerten ihren Unmut darüber, dass die Kommunalpolitiker es nicht für nötig hielten – zumindest für einige Minuten – aus ihrem HVV-Bus zu steigen, um mit den versammelten Bürgern über die akuten Probleme vor Ort zu reden. Die Reaktion der anwesenden Politiker war ausweichend.

Darüber hinaus gab es noch Fragen der Bürger zu Zeitplan und Kosten bei der endgültigen Herstellung der Straßen. Verbindliche Antworten konnte die Verwaltung nicht geben. Ein weiteres Thema war der Umgang mit „illegal“ errichteten Kleingärten im Raum Kirchwerder. Hier bleibt die Behörde bei ihrer bisherigen Haltung, dass die Kleingärten nicht genehmigt wurden und somit „zurückgebaut“ werden müssen.

Weitere Punkte der Sitzung waren u.a. die Schulwegsicherung in Kirchwerder und die Radwegsanierung. (ba)

Von Alfred Dreckmann

# Als die Synagogen brannten

Ein Rückblick auf die Reichspogromnacht vor 70 Jahren. Auch in Bergedorf waren Bürger jüdischer Herkunft von dem Pogrom betroffen.

In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 entfesselten die Nazis in ganz Deutschland ein Reichspogrom gegen die Juden. Von der NS-Führung beauftragte SA-Horden überfielen 27000 Geschäfte jüdischer Inhaber, tausende von Arztpraxen und zündeten die jüdischen Gebetsräume und Synagogen an. Dabei verhafteten und misshandelten sie ca. 30000 Juden und verschleppten sie zunächst mehrere Tage oder Wochen in die Konzentrationslager. 200-300 Juden wurden in Laufe dieser rassistischen Übergriffe ermordet. Da die Fensterscheiben der jüdischen Geschäfte zu Bruch gingen und das Mobiliar demoliert wurde, nannten es die Nazis später „Reichskristallnacht“. Dieser Begriff wird teilweise bis heute von bürgerlich reaktionären Kräften benutzt.

Die Nazi-Propaganda nutzte das Attentat des jüdischen Jugendlichen Herschel Grünspan, der den deutschen Diplomaten von Rath in Paris erschoss, für die Inszenierung des schon länger geplanten Pogroms. Die Nazipresse behauptete, das deutsche Volk wäre über die Tat empört und hätte zur „Selbsthilfe“ gegriffen.

Motiv von Herschel Grünspan waren die Berichte sei-

ner jüdisch-polnischen Eltern, die mit vielen anderen in Deutschland lebenden polnischen Juden in einer Razzia aus ihren Wohnungen geholt, an die deutsch-polnische Grenze gekarrt und dort in das Niemandsland getrieben wurden.

Nach fünf Jahren Nazi-herrschaft mit den ständig steigenden Diffamierungs- und Ausgrenzungsmaßnahmen setzten die deutschen Faschisten kurz vor Kriegsbeginn und dem Holocaust diese Pogromnacht in Szene, um den Juden Angst und Schrecken einzujagen, damit noch einmal eine größere Zahl jüdischer Bürger Deutschland verlassen sollte.

und der Zahnarzt Ernst Tichauer.

In Zivil gekleidete SA-Trupps beschmierten die Fensterscheibe der Germania Drogerie in der Neuen Straße (Neuer Weg) mit antisemitischen Parolen.

Andere SA-Leute stellten am Eingang der Holstenstraße 4 (heute Alte Holstenstraße 61) ein Schild auf, das darauf hinwies, dass in diesem Haus der jüdische Zahnarzt Ernst Tichauer keine „arischen“ Patienten mehr behandeln dürfte.

Ein Tabakladen an der Ecke Alte Holstenstraße und Weidenbaumsweg, eine Filiale des jüdischen Unternehmens Havanna-

Der Künstler Gunter Demnig ist der „Verleger“ der, in den Gehweg eingesetzten, Messingtafeln. Die ersten wurden 1997 in Berlin-Kreuzberg angebracht. Zunächst gegen den Willen der Obrigkeit. Mittlerweile sind an mehr als 300 Orten Stolpersteine verlegt. Interessierte Bürger, Vereine oder Organisationen, können beim Künstler für 95 Euro eine Patenschaft für die Herstellung und Verlegung eines Stolpersteins übernehmen. Interessierte melden sich bitte an: [info@stolpersteine.com](mailto:info@stolpersteine.com) (ba)



Foto: Archiv

Auch in Bergedorf waren Bürger jüdischer Herkunft von dem entsetzlichen Pogrom betroffen – so der Drogist Hugo Rosendorff

Import-Compagnie, wurde von der SA geschlossen.

Schon vor dem Pogrom hatte eine Reihe von Bergedorfern jüdischer Herkunft

ihre Geschäfte aufgrund der permanenten Diskriminierungen und Bedrohungen aufgegeben, so das Kaufhaus Schäfer Ecke Hassestraße, das Bekleidungsgeschäft Frank und Nielsen Ecke Reetwerder, das Schuhhaus Behr Ecke Hude, das Café Kerf Ecke Ernst-Mantius-Straße, die Fabrikanten Albert Lavy, Fritz Fenchel und Andre Froszt. Sie verkauften ihren Besitz weit unter dem üblichen Handelspreis, um Deutschland noch rechtzeitig vor dem Holocaust zu verlassen.

Der Apotheker Hugo Rosendorff, seine Frau, seine Tochter, sein Schwiegersohn und sein Enkelsohn wurden deportiert und ermordet.

Der Zahnarzt Ernst Tichauer und seine Frau wurden 1941 nach Minsk deportiert und dort ermordet.

Der Richter am Hanseatischen Oberlandesgericht Walter Rudolphi wurde in Auschwitz ermordet. Ein Sohn des Cafébesitzers Kerff wurde 1941 umgebracht.

Ebenso fielen Paula Berkitz, Ida Burg, Adolf Coutinho, Mary Dobrinsky und Irma Friedländer dem Naziterror zum Opfer. Von anderen Bergedorfer Juden ist das weitere Schicksal unbekannt.

In Gedenken an die Opfer sind auf dem Gehweg vor den ehemaligen Wohnungen der Ermordeten sog. Stolpersteine aus Messing eingesetzt worden.

Zwei Straßen in Neu-Altermöhe tragen die Namen von Bergedorfer Bürgern jüdischer Herkunft, die von den Nazis ermordet wurden: Ernst-Tichauer und Walter-Rudolphi.

Von Jens Schultz

## Soziales Engagement unter Generalverdacht

Bezirksamt meldete Daten engagierter Bürger/innen an den Verfassungsschutz.

**S**tellen Sie sich vor: Sie engagieren sich als Elternvertretung an einer Schule oder Sie arbeiten bei einer Umweltschutzorganisation mit, Sie sind Mitglied einer Kirchengemeinde oder sind in einer Partei. Und stellen Sie sich weiter vor: Sie wollen ihr soziales Engagement in die Öffentlichkeit tragen und melden deshalb beim Bezirksamt Bergedorf einen Informationsstand an, um z. B. im Sachsentor an einem Sonnabend Vormittag Mitbürger/innen zu informieren. Alleine das reicht aus, damit das Bezirksamt Bergedorf Sie als Anmelder/in eines Infostandes dem Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz meldet – ohne Ihr Wissen!

Das Landesamt für den Verfassungsschutz hat die sieben Hamburger Bezirksämter dazu aufgefordert, um das Treiben von Feinden der Demokratie besser überwachen zu können. Das ist einerseits nachvollziehbar, andererseits gibt es keine gesicherte Rechtsgrundlage dafür. Zumindest lässt das Bezirksamt Wandsbek den Sachverhalt zurzeit prüfen und das Bezirksamt Hamburg-Mitte meldet nur im Verdachtsfall die Anmeldung von Infoständen. Nicht

so das Bezirksamt Bergedorf: Hier werden im vorausseilenden Gehorsam alle Anmelder/innen von Infoständen gemeldet und somit unter Generalverdacht gestellt.

Das Bezirksamt Bergedorf hat seither nach eigenen Angaben die Daten von 37 Organisationen beziehungsweise Personen aus Bergedorf an den Hamburger Verfassungsschutz gemeldet.

Eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE in der Hamburger Bürgerschaft hat diesen innenpolitischen Skandal ans Tageslicht befördert. Und DIE LINKE wirkt: Die Innenbehörde hat inzwischen veranlasst, dass die Bezirksämter die Meldungen nicht mehr vornehmen müssen. Wie das Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz inzwischen verlauten ließ, wird die im Oktober eingeleitete „Praxis der Informationsübermittlung“ wieder geändert, und es wird nach einer „neuen Verfahrensweise“ gesucht. DIE LINKE wird diesen Vorgang weiterhin aufmerksam beobachten, denn engagierte Bergedorfer/innen haben das Recht auf den Schutz ihrer Daten und dürfen nicht weiterhin unter Generalverdacht und auf eine Stufe mit Feinden der Demokratie gestellt werden.

## Sanierungsreife Sportstätten

AUSSCHUSS SPORT UND KULTUR: Am 10. November 2008 tagte der Fachausschuss für Sport und Kultur. Beherrschendes Thema war der Umbau des Billtalstadions. Denn, was nur wenige wissen, Hamburgs zweitgrößtes Stadion liegt nicht am Millernort, sondern in Bergedorf. Es ist das Billtalstadion mit ca. 30 000 Plätzen.

Für große Sportveranstaltungen wird es jedoch kaum genutzt und ist erheblich sanierungsbedürftig. Die vorgesehene Errichtung eines Kunstrasenplatzes direkt neben der geplanten Laufaschebahn stieß im Ausschuss auf Kritik. Einige Ausschussmitglieder befürchten, dass der Rasen nach kurzer Zeit verunreinigt werden könnte.

DIE LINKE forderte, dass die veranschlagten Beträge nicht zweckfremd, sondern lediglich für das geplante Projekt verwendet werden dürfen. Nach bisherigen Schätzungen wird der Umbau und die Modernisierung weit über drei Millionen Euro kosten. Für eine Überraschung sorgte das Denkmalschutzamt. Es hat das Stadion bereits 1997 als schützenswert eingestuft und möchte die Aufgänge und Traversen erhalten. Als Krönung tauchte das Problem falscher Kostenberechnung durch das Sportamt.

Mit der Fertigstellung des Stadions ist nicht vor 2013 zu rechnen. (ba)

Info: Endlager

*Müll aus Atomkraftwerken ist hochgiftig für etwa eine Million Jahre. Ein Endlager müsste also die strahlenden Abfälle für diese Zeit sicher verwahren können!*

*Aber schon wenige hundert Jahre sind für uns nicht vorhersehbar, tausende oder gar Millionen schon gar nicht!*

*Die Zeit der Pyramiden ist erst 5000 Jahre her, hätten die Ägypter also Atommüll irgendwo abgeschüttet, wäre es heute so giftig wie damals!*

*Asse: Auch die Betreiber dieses Salzstock-Atom-Mülllagers hatten behauptet, die nächsten eine Million Jahre würde dort kein Wasser eindringen können. Aus der einen Million sind nur 25 Jahre geworden.*

*Mit eindringendem Wasser kommen die Atom-Abfall-Gifte in das Grundwasser und damit irgendwann in das Trinkwasser. Wer will also für eine Million Jahre garantieren, dass die Gifte nicht in die Umwelt kommen?*

*Den Atomkraftwerk-Betreibern scheint das egal zu sein, die sehen nur ihre Profite. (jb)*

**Impressum:****BERGEDORFER ALLGEMEINE**

Monatszeitung für Politik, Kultur und Sport des Bezirksverbandes DIE LINKE. Bergedorf

Redaktion: Zdravko Sisis (V.i.S.d.P.), Holger Krebs, Jann-Thorge Thöming, Alfred Dreckmann, Jens Schultz

Mitarbeit: Stephan Jersch, Jörn Bruns,

Sayed Rahman

Auflage: 2.000

Redaktionsschluss: 26.11.2008

Anschrift: DIE LINKE.Bezirksverband Bergedorf, Bergedorfer Str. 131, 21029 Hamburg, Telefon: 040 / 25491253

Mail: redaktion@dielinke-bergedorf.de

Von Jörn Bruns

## Aktiv gegen Atom-Müll

16 000 Demonstranten in Gorleben. Das war Widerstand, der begeistert! Die Infrastruktur war beeindruckend.



Foto: Jörn Bruns

### Seit vielen Jahren ist der Widerstand um Gorleben herum tief verwurzelt

**M**ehrere Tage und Nächte haben wir zu hundert direkt auf der Straße vor dem Zwischenlager Gorleben gelebt und geschlafen. 11 Castor-Behälter wollten wir stoppen, die zusammen das Strahlungsgift von 7x Tschernobyl enthalten.

Immer wieder bejubelten wir Meldungen, wenn der Transport erneut durch eine weitere Aktion zum Stehen gekommen war.

Nun aber einmal von vorn: Demonstration Tag X. Nach unseren Mobilisierungs-Infoständen und unserer sehr spannenden Veranstaltung war es am Samstag, den 8. November so weit: Zwei voll besetzte Busse, gefüllt mit Bergedorfern und gesponsert von DIE LINKE.

zogen gen Gorleben. Je näher wir der Strahlenmüll-Kippe kamen, um so mehr empfing uns der Widerstand der Bevölkerung: Gelbe Xe überall, Spruchbänder sowie Gruppen lebensgroßer Anti-Atom-Puppen. Seit vielen Jahren ist der Widerstand um Gorleben herum tief verwurzelt.

Tja, wir Bergedorfer kamen nicht mit dem Bus in Gorleben an. Aber nicht die Polizei hinderte uns am durchkommen, sondern Bauern mit über 300 Traktoren auf dem Protestweg gegen die Atom-Lobby. Also gingen wir die letzten Kilometer zu Fuß zu den anderen 16 000, die nach Gorleben gekommen waren.

Auf der Demo beeindruckten mich lustige, mutige Clowns, die auch zur Ent-

spannung beitrugen. Die hunderte von Metern aufgereihten, geschmückter Anti-Atom-Traktoren sollte sich keiner entgehen lassen, ebensowenig die kreativen Aktionen.

Die Blockade: Die Infrastruktur des Widerstandes war beeindruckend: Immer wieder schafften es die dort Lebenden, trotz hoher Polizeiüberwachung die Verbindung Dannenberg-Gorleben-Zwischenlager zu blockieren.

Versorgung: Für die vielen hundert Widerständler brachten Bauern Stroh, holländische Atom-Kraft-Gegner kümmerten sich ums Essen und Trinken.

Ein eigener Radiosender berichtete von der aktuellen Lage des Widerstandes.